

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke,
Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11839 –

Friedensdialog in Kolumbien aktiv unterstützen

A. Problem

Mit der am 17. Oktober 2012 in Oslo begonnenen zweiten Etappe des Friedensdialogs zwischen der kolumbianischen Regierung und den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Columbia – Ejército del Pueblo (FARC-EP) verbindet sich allgemein die Hoffnung auf Beendigung einer fast 50 Jahre dauernden militärischen Auseinandersetzung.

Wie in den vorausgegangenen, gescheiterten Friedensprozessen besteht auch diesmal die Gefahr, dass die Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts von jenen Kräften zum Scheitern gebracht werden könnten, die kein Interesse am Ende der bewaffneten Auseinandersetzung haben.

Darum brauchen diese Verhandlungen eine breite Teilhabe aller am Konflikt beteiligten Parteien sowie eine breite internationale Unterstützung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

Der Antrag macht keine Angaben über entstehenden Erfüllungsaufwand.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11839 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2013

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl
Vorsitzende

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Harald Leibrecht
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Thilo Hoppe
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Harald Leibrecht, Heike Hänsel und Thilo Hoppe

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11839** in seiner 214. Sitzung am 13. Dezember 2012 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich im Rahmen der Europäischen Union für den Erfolg der Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP einzusetzen.

Darüber hinaus soll sie sich dafür einsetzen, dass im Rahmen dieser Verhandlungen dem Recht der Opfer auf Wahrheit, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit Geltung verschafft und keine Amnestie für Straftaten gegen die Menschlichkeit gewährt wird; die in der Zeit des Konflikts verschwundenen und inhaftierten Personen müssten systematisch erfasst werden.

Ferner fordern die Antragsteller von der Bundesregierung, dafür einzutreten, dass auch die zweite Guerillagruppe Kolumbiens, die Ejército de Liberación Nacional (ELN), am Friedensdialog beteiligt wird.

Innerhalb der EU müsse die „EU-Terrorliste“ mit Blick auf eine Erleichterung von Verhandlungsreisen dahingehend überprüft werden, FARC-EP und ELN zu streichen. Zudem müsse ausgeschlossen werden, dass europäische Konzerne mit paramilitärischen Strukturen in Kolumbien zusammenarbeiten.

Schließlich weisen die Antragsteller auf die sozialen Ursachen des Konflikts und die ungleiche Verteilung von Land und Einkommen hin, und fordern von der Bundesregierung, auf eine Handels- und Entwicklungspolitik zu verzichten, die zu einem weiteren Ausscheren der sozialen und ökonomischen Teilhabe in der Gesellschaft Kolumbiens führen würde. Darum müsse das aktuelle Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru, mit dem die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion gegenüber einer großflächigen Palmölplantagenwirtschaft benachteiligt würde, auf den Prüfstand gestellt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss, der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union haben den Antrag auf Drucksache 17/11839 in ihrer Sitzung am 16. Januar 2013 beraten.

Der **Auswärtige Ausschuss** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11839 in seiner 71. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** sieht die Aufgabe der Europäischen Union und der Bundesregierung darin, eine bestmögliche politische Unterstützung für den Friedensprozess zu organisieren. Die Bundesregierung habe immerhin sehr gute Beziehungen zur kolumbianischen Regierung, und für die sozialen Bewegungen und die Bevölkerung vor Ort sei es nun wichtig, dass sich in den verschiedenen Konfliktregionen Kolumbiens etwas verändere. Man spüre bislang nichts von einem Friedensprozess und die Menschen seien nach wie vor Übergriffen durch Paramilitärs und die Armee ausgesetzt. Die Guerilla habe einen einseitigen Waffenstillstand angekündigt und diesen weitgehend eingehalten. Sie forderten dieses nun verständlicherweise auch von der Regierung. Es müsse Druck auf die kolumbianische Regierung ausgeübt werden, damit sie mehr im Hinblick auf das eigene militärische Agieren anbiete. Vom 17. bis 19. Dezember habe es ein erstes Treffen mit der Zivilgesellschaft gegeben. Der Fraktion DIE LINKE. fehlten nach wie vor wichtige Punkte, die nicht in die Friedensverhandlungen eingebracht würden, wie soziale Gerechtigkeit. Weite Teile der Zivilgesellschaft kritisierten das Freihandelsabkommen, da es kontraproduktiv sei, weil es die soziale Spaltung verschärfe, den Konkurrenzdruck erhöhe, und es auch zu Vertreibungen führen könne. Es gebe mehrere Studien, beispielsweise aus dem Europaparlament, wonach die umfassenden Liberalisierungsverpflichtungen in dem Handelsabkommen Geldwäsche oder auch Steuerhinterziehung begünstigten. In einem Land wie Kolumbien, wo eine hohe organisierte Kriminalität existiere, würden solche Abkommen eine umfassendere Geldwäsche ermöglichen, auch von Drogengeldern in Europa. Aus diesen Gründen fordere die Fraktion DIE LINKE., dass in diesem Punkt neu verhandelt werde. Im Hinblick auf die in Kolumbien begangenen Verbrechen weise man darauf hin, dass 40 Prozent der Verbrechen von der Guerilla und 60 Prozent von Seiten der Armee und Paramilitärs begangen worden seien. Bis zu einer Versöhnung in diesem Land sei es noch ein weiter Weg.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßt den Friedensprozess in Kolumbien sehr. Man hoffe, dass er erfolgreich geführt

würde und die mehr als 50 Jahre andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen endlich beendet würden. Es sei erfreulich, dass die Bundesregierung und die Europäische Union diesen Prozess begleiteten, und es sei ein gutes Signal, wenn Norwegen als Verhandlungsort mit eingebunden sei. Diese Verhandlungen würden laut einer Studie von zwei Dritteln der kolumbianischen Bevölkerung als positiv bewertet. Es seien fünf Themen aufgesetzt worden: die ländliche Entwicklung, die politische Beteiligung, Modalitäten der Beendigung des Konflikts, illegale Drogen und die Entschädigung der Opfer. Die Land- und Agrarentwicklung als Verhandlungsthema auszuwählen, zeige den Willen der Regierung, die Landreform stringent fortzuführen. Im Übrigen liege hier der größte Konflikt. Es sei keineswegs so, dass das Ändern der europäischen Handelspolitik den Frieden in Kolumbien gewährleisten würde. Natürlich bedeute Freihandel mehr Freiraum, aber Freihandel sage keineswegs, dass keine Gesetze gestaltet werden könnten, um Geldwäsche und Steuerhinterziehung Einhalt zu gebieten. Das eine schließe das andere nicht aus. Möglicherweise sei die Zivilgesellschaft zu wenig in den Prozess eingebunden worden. Die Verhandlungen von 1998 zeigten aber auch, dass eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft sehr schnell zu einem Medienspektakel und nicht zu positiven Ergebnissen führen könnte. Die Fraktion der CDU/CSU vertrete die Auffassung, dass Friedensverhandlungen zwingend Vertrauen und einen Rahmen des vertrauensvollen Austausches benötigten. Zu bezweifeln sei auch, wenn man die Guerilla-Organisation ELN einbinden würde, dann sei auch der Konflikt beendet. Der bei den letzten Verhandlungen ausgehandelte Waffenstillstand sei von der Regierung eingehalten worden, aber die FARC habe in dieser Zeit ihre Aufrüstung und Landnahme vorangetrieben. Man könne also verstehen, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Asymmetrie vorherrsche. Wichtig sei es aber bei der Umsetzung der Lösungen, die Zivilgesellschaft breit einzubinden. Darum werde man den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass in dem vorliegenden Antragstext die kolumbianische Regierung für ihre aktive Rolle bei den Friedensverhandlungen gelobt werde. Deshalb werde man nicht gegen den Antrag stimmen, sondern sich enthalten. Ohne die harte Politik der Vorgängerregierung gegenüber der FARC hätte es zu den jetzigen Verhandlungen nicht kommen können. Die FARC und ELN würden so beschrieben, als hätten sie für die Beseitigung der sozialen Ursachen des Konflikts gestanden. Natürlich gebe es große soziale Verwerfungen auf dem Land, und die erfolgte Landnahme könne man nicht akzeptieren; sie sei

immerhin ursächlich für die Gründung der FARC vor 30 Jahren. Aber kein ernsthafter Wissenschaftler oder Politologe würde heute die These vertreten, dass die FARC oder ELN irgend etwas mit der Beseitigung sozialer Ungleichheiten in Kolumbien zu tun habe. Es handele sich um kriminelle Terrorbanden, die sich mit Entführungen und Drogengeschäften finanzierten. Es gebe eindringliche Berichte von Betroffenen hierüber. Die Interessen der Kleinbauern seien völlig nebensächlich. Die Entführten, so beispielsweise Ingrid Betancourt, hätten bis zuletzt gehofft, dass sie aus der Gefangenschaft befreit würden. Die Fraktion DIE LINKE. habe eine militärische Befreiung immer abgelehnt, aber das hätten die Geiseln ganz anders gesehen. Zum Glück würde die Fraktion DIE LINKE. nicht mehr die Position vertreten, dass der FARC ein autonomes Staatsterritorium eingeräumt werden müsse. Man freue sich, dass der Friedensdialog jetzt endlich vorankomme. Hier bestehe erstmals die Chance, dass Kolumbien einen sehr guten Weg gehe und dauerhaft Frieden finden könne.

Die **Fraktion der FDP** macht deutlich, dass man dem Antrag nicht zustimmen werde, weil er der Bundesregierung unterstelle, dass sie die soziale Ungleichheit in Kolumbien unterstütze. Es sei aber das Gegenteil der Fall. Die Projekte, die dort initiiert worden seien, gingen in die richtige Richtung. Über das Freihandelsabkommen könne man immer streiten, aber letztendlich werde es die wirtschaftliche Entwicklung von Kolumbien positiv unterstützen, und zwar nicht im Sinne einer Ausbeutung. Die FARC und der ELN seien Terrorgruppen; das sei bei der Beschäftigung mit diesen Gruppen immer wieder deutlich geworden. Es sei Furchtbares passiert, wie Massaker, Entführungen und ganz gezielte Tötungen. Das Land habe über viele Jahre unter diesem Terror gelitten, und das sei bis heute noch nicht aufgearbeitet. Es gebe viele traumatisierte Familien, die jahrelang unter großer Angst gelebt hätten. Die Fraktion der FDP sei der Auffassung, dass man diesen Punkt nicht vergessen dürfe. Das sei ein Teil der Geschichte des Landes, den man aufarbeiten müsse.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmt der Einschätzung zu, dass die FARC keine Befreiungsbewegung mit einer sozialen Agenda und mit dem organisierten Verbrechen verknüpft sei. Die im vorliegenden Antrag gestellten Forderungen dienten jedoch der Unterstützung des Friedensprozesses, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr begrüße. Das bewerte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenso positiv wie entscheidend, und darum werde man dem Antrag zustimmen.

Berlin, den 16. Januar 2013

Anette Hübinger
Berichterstatlerin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Harald Leibrecht
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Thilo Hoppe
Berichterstatter